

Sachantrag

der Listen „Internationaler Jugendverein (IJV)“ und „Unicorns – Undogmatische Liste“

**Antrag auf Einberufung einer Versammlung der
Studierenden**

Petitum:

Das Studierendenparlament beauftragt das StuPa Präsidium, für Ende Mai (29.05.2025) eine uniweite, studentische Vollversammlung zur Diskussion der Lage der Studierendenschaft im Rahmen der Initiative Studis gegen Rechts sowie der Strike Back Kampagne einzuladen.

Begründung:

Das neue Semester beginnt und sowohl in Hamburg als auch bundesweit haben die Wahlen stattgefunden. Während sich die Regierung auf Bundesebene neu konstituiert, bleibt Hamburg rot-grün.

Während die Schuldenbremse zugunsten der Verteidigung ausgehebelt wird und mehr Geld in die Bundeswehr gesteckt wird, bleibt unklar, wie viel Geld des zudem beschlossenen 500 Milliarden Investitionspaket für Infrastruktur in die Bildung gesteckt wird. Stattdessen ist klar, dass 2025 2,4 Millionen Euro dem Studierendenwerk an städtischen Zuschüssen fehlen. Die Kosten dieser Sparpolitik zugunsten der Aufrüstung und Militarisierung, für die nun unendlich viel Geld da ist, tragen wir auch in Hamburg in Form höherer Semesterbeiträge um 8 Euro, steigender Mensapreise um 6 Prozent und einer Mietpreissteigerung in den Wohnheimen um durchschnittlich 36 Euro im Monat. Damit kommen wir Studierende immer mehr an unsere Grenzen und können uns das Leben und Studieren kaum mehr leisten. Und auch unsere Ausbildung leidet massiv unter der Sparpolitik und Kürzungen. So warten bspw. tausende Psychologie-Studierende darauf, ihren Beruf zu lernen und ausüben zu können, weil die Finanzierung der Weiterbildung nicht gesichert ist. In anderen Studiengängen fallen ganze Schwerpunkte oder Tutorien weg und die Unis müssen sich immer mehr über Drittmittel finanzieren, was die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung gefährdet. Das Wahlprogramm der SPD Hamburg sieht das positiv und spricht von einer Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Die Zivilklausel erwähnen sie nicht, womit angesichts der zunehmenden Militarisierung und Aufrüstung nicht auszuschließen ist, dass bald Auftragsforschungen für die Bundeswehr auch in Hamburg gefordert wird. Zudem verwehrt sich das Unipräsidium weiter, die bundesweit gültigen Mindestvertragslaufzeiten einzuhalten. Wir sagen: Anstatt unendlich viel Geld in die Verteidigung zu stecken, muss Geld in die Hand genommen werden, um die Lage der Studierenden zu verbessern.

Die Bundestagswahl war zudem von breiten Protesten gegen die AfD und CDU und den gesellschaftlichen Rechtsruck geprägt. Bereits in den ersten Tagen nach der Wahl hat sich gezeigt, wohin eine Regierung unter der CDU führt. So wurde eine kleine Anfrage gestellt, in der die politische Neutralität von staatlich geförderten Organisationen und damit die Finanzierung in Frage gestellt werden. Dies ist ein zentraler Angriff auf eine kritische Zivilgesellschaft, in der Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelten. Universitäten, die ein Ort des kritischen Denkens und Austauschs sein sollen, können von derartigen Einschüchterungsversuchen besonders betroffen sein. So wäre es nach der CDU verboten gewesen, als AStA, der staatliche Mittel erhält, zu den Demos gegen Rechts aufzurufen. Einer solche Einschränkung der demokratischen Grundfreiheiten ist grundlegend abzulehnen. Umso wichtiger ist es, sich gegen die Angriffe auf die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit einzustehen. Es kann auch nicht sein, dass Studierende, die sich gegen den Krieg in Gaza oder für eine Zivilklausel äußern, mit Repressionen rechnen müssen. Wir stellen uns gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und jede Form der Diskriminierung an unserer Universität und treten dem Rechtsruck auch hier gemeinsam entgegen!

Umso entschlossener müssen wir die Forderungen laut werden lassen und den Druck auf die Politik erhöhen. Zu diesem Zweck hat sich die Strike-Back-Kampagne gegründet und im Februar einen hamburgweiten Studierendenprotest gegen Kürzungen und Rechtsruck durchgeführt. Auch die Studis gegen Rechts haben sich im Wintersemester in Hamburg als Teil der bundesweiten Bewegung gegründet. Um diese Bewegungen weiter zu stärken und die oben beschriebenen Entwicklungen an der Hochschule gemeinsam zu diskutieren wollen wir zu einer Vollversammlung zusammenkommen und fordern das StuPa-Präsidium auf, zu ebendieser einzuladen.